

Wimmen, Heiko

Research Report

Libanesischer Balanceakt am Abgrund: Tief in den Syrienkrieg verstrickt hält der Libanon mühsam Stabilität

SWP-Aktuell, No. 37/2015

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Wimmen, Heiko (2015) : Libanesischer Balanceakt am Abgrund: Tief in den
Syrienkrieg verstrickt hält der Libanon mühsam Stabilität, SWP-Aktuell, No. 37/2015, Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255283>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Libanesischer Balanceakt am Abgrund

Tief in den Syrienkrieg verstrickt hält der Libanon mühsam Stabilität

Heiko Wimmen

Bislang haben der Krieg in Syrien und die Verwicklung libanesischer Akteure darin nicht, wie vielfach befürchtet, dazu geführt, dass der Konflikt auf den Libanon übergriff. Trotz unüberbrückbarer Gegensätze in der Syrienfrage haben sich die politischen Lager des Landes auf einen fragilen Minimalkonsens verständigt, der ein rudimentäres Funktionieren der politischen Institutionen, vor allem aber eine vorläufige Stabilisierung der Sicherheitslage erlaubt hat. Dieser Konsens bleibt jedoch prekär und durch die Ambitionen libanesischer Akteure sowie regionale Spannungen gefährdet. Darüber hinaus macht Hisbollahs aktive Beteiligung am syrischen Konflikt eine neuerliche militärische Konfrontation mit Israel immer wahrscheinlicher. Deutschland und seine europäischen Partner sollten ihren Teil dazu beitragen, diese im Vorfeld zu verhindern, den Dialog zwischen den libanesischen Parteien durch Vermittlung zu unterstützen und einem Übergreifen regionaler Spannungen entgegenzuwirken.

Der seit vier Jahren andauernde Konflikt in Syrien stellt den Libanon vor die härteste Zerreißprobe seit dem Ende seines eigenen Bürgerkrieges im Jahre 1990. Mindestens 1,2 Millionen Syrer haben in dem kleinen Land mit einer Bevölkerung von knapp vier Millionen Aufnahme gefunden und belasten das chronisch unterfinanzierte Sozialsystem schwer. Handel und Tourismus, zwei der wichtigsten Wirtschaftszweige, werden durch die kritische Sicherheitslage und den Verlust vieler Transitrouten durch Syrien erheblich beeinträchtigt.

Am gefährlichsten aber ist, dass die stärksten politischen Kräfte des Landes diametral entgegengesetzte Positionen zu dem Konflikt im Nachbarland einnehmen.

Die sunnitisch geprägte, von der saudisch-libanesischen Hariri-Familie geführte Zukunftsbewegung hat Partei für die Rebellen ergriffen und sich in der ersten Phase des Konflikts an deren Rekrutierung und Ausrüstung beteiligt. Dabei wurde sie von staatlichen und privaten Geldgebern aus den arabischen Golfstaaten unterstützt. Die schiitische Hisbollah dagegen kämpfte ab Herbst 2012 zunächst verdeckt, seit Mai 2013 dann offen auf Seiten des syrischen Regimes und kooperiert dabei mit iranischen Revolutionsgarden und schiitisch-irakischen Milizen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war die noch im Juni 2012 verkündete Verpflichtung aller politischen Kräfte des Zedernstaates Makulatur, ihr

Land nicht zum Transitland oder zur Ausgangsbasis von Waffen und Kämpfern zu machen und Neutralität gegenüber regionalen Konflikten zu wahren.

Der Libanon steht damit vor einer dreifachen Herausforderung: Erstens hatten die gegensätzlichen Positionen zum Syrienkonflikt zur Folge, dass die politischen Institutionen rasch blockiert waren. Zweitens werden der syrische Bürgerkrieg und die dahinter stehende Rivalität zwischen den beiden Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran immer stärker als Teil eines konfessionellen, schiitisch-sunnitischen Konfliktes wahrgenommen. Deswegen drohen sich die Gräben zwischen libanesischen Sunniten und Schiiten zu vertiefen, was schlimmstenfalls in eine gewaltsame Konfrontation münden könnte. Drittens bringt es die direkte Beteiligung Hisbollahs am Konflikt in Syrien mit sich, dass sich die strategischen Kapazitäten und die Orientierung der Organisation deutlich verändern. Dadurch wächst die Gefahr einer neuerlichen kriegerischen Auseinandersetzung mit Israel.

Erosion der Institutionen

Der Libanon ist schon seit über zehn Jahren Schauplatz hartnäckiger Streitigkeiten um eine neue Machtbalance in der Region. Nach dem Rückzug der syrischen Besatzungstruppen im Frühjahr 2005 und dem Krieg zwischen Israel und Hisbollah im Sommer 2006 bestärkten die USA, die EU sowie prowestliche arabische Staaten die Zukunfts-Bewegung und ihre Verbündeten darin, das Land vollständig aus der syrisch-iranischen Einflussosphäre zu lösen. Hisbollah dagegen suchte den Libanon im Lager des »Widerstandes« gegen angebliche amerikanisch-israelische Hegemoniebestrebungen zu halten, zu dem neben Syrien noch der Iran und die palästinensische Hamas gerechnet wurden. Diese fundamentalen Gegensätze führten zwangsläufig zur Blockade der politischen Institutionen, da das politische System des Landes auf Konsens und Ausgleich zwischen den religiösen

und konfessionellen Gruppen ausgerichtet ist und Mehrheitsentscheidungen nur in sehr begrenztem Umfang zulässt. Bereits im Mai 2008 kam es zwischen den beiden Lagern zu Kämpfen, die mit einem klaren Erfolg Hisbollahs und ihrer Verbündeten und einem fragilen Kompromiss endeten. Gerade vor dem Hintergrund dieses Gewaltausbruchs setzten sich der im Anschluss gewählte Präsident Michel Suleiman und der seit Februar 2011 amtierende Ministerpräsident Najib Mikati, die beide als Unabhängige gelten, für strikte Neutralität gegenüber dem Konflikt in Syrien ein.

Als jedoch im Frühjahr 2013 die Beteiligung Hisbollahs am syrischen Bürgerkrieg immer offensichtlicher wurde, blieb der Regierung Mikati nur noch der Rücktritt, so dass eine neuerliche Lähmung des politischen Systems programmiert war. Für nahezu ein Jahr misslangen alle Versuche, eine neue Regierung zu bilden. An den unüberbrückbaren Differenzen der beiden Lager scheiterte auch die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Dessen genaue Ausgestaltung hatte das Potential zu einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse um einige wenige, jedoch entscheidende Sitze. Die eigentlich im Juni 2013 fälligen Parlamentswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben und das 2009 gewählte Parlament verlängerte seine Amtszeit in einer verfassungsrechtlich zweifelhaften Prozedur um 17 Monate. Dennoch blieb es durch Boykotte verschiedener Fraktionen zunächst beschlussunfähig.

Im Frühjahr 2014 drohte dann mit dem bevorstehenden Ende der Präsidentschaft Suleimans am 31. Mai ein fast völliges institutionelles Vakuum: Ohne Aussicht auf die Wahl eines Nachfolgers wären die präsidentialen Aufgaben laut Verfassung auf eine lediglich geschäftsführende Regierung mit minimalen Kompetenzen übergegangen. Sie kann ohne arbeitsfähiges Parlament keine Gesetzgebung initiieren. Erst an diesem Punkt fanden sich im Februar 2014 schließlich alle politischen Kräfte zu einer sogenannten Regierung der nationalen Einheit zusammen. Auch dieses Kabinett

wird jedoch bis heute immer wieder von Querelen um Abstimmungsregeln und Kompetenzen gelähmt. Zudem erscheint seine Legitimität nach einer neuerlichen Verschiebung der Parlamentswahlen im November 2014 immer fragwürdiger. Auf der Strecke bleiben dringend notwendige und für die Bevölkerung existentielle politische Entscheidungen, etwa zur Finanzierung einer lange überfälligen und bereits beschlossenen Gehaltsreform im öffentlichen Dienst oder zur Kontrolle der skandalösen Zustände in der Lebensmittelindustrie. Längst hat die Erosion der Institutionen auch die libanesischen Streitkräfte erreicht: Endloses Tauziehen um die Neu-besetzung der höchsten Kommandoposten hat auch hier rechtlich bedenkliche Verlängerungen der Dienstzeiten aktueller Amtsinhaber notwendig gemacht.

Der Grund für die zahlreichen Blockaden liegt darin, dass die libanesischen politischen Akteure ihr Verhalten an den strategischen Interessen ihrer rivalisierenden ausländischen Schutzherrn, vornehmlich Iran und Saudi-Arabien, ausrichten und oft im Windschatten dieser Konfrontation persönliche und partikulare Ziele verfolgen. Dazu kommt die Unsicherheit über den Ausgang der Nuklearverhandlungen zwischen dem Iran und den P5+1 und die mittelfristigen Auswirkungen einer erfolgreichen Implementierung oder aber eines Scheiterns der Anfang April in Lausanne erzielten Rahmenvereinbarung auf die regionale Machtbalance. All dies macht es den politischen Akteuren im Libanon unmöglich, die langfristigen Folgen von Kompromissen bei Macht- und Ämterverteilung verlässlich einzuschätzen. Die Blockaden an der Spitze der staatlichen Institutionen werden daher vorläufig fortbestehen. Abgesehen von Initiativen einzelner Minister wird die Regierungstätigkeit auf das absolute Minimum beschränkt bleiben.

Stabilisierung der Sicherheitslage

Das vielfach befürchtete Übergreifen des Syrienkonflikts auf den Libanon ist bislang

dagegen ausgeblieben. Das liegt in erster Linie daran, dass bei aller Polarisierung keines der beiden politischen Lager Vorteile von einer bewaffneten Konfrontation erwarten kann. Auf der einen Seite ist Hisbollah mit einem großen Teil ihrer militärischen Kapazitäten in Syrien engagiert. Deshalb ist sie nicht an Auseinandersetzungen an der Heimatfront interessiert, zumal der Partei der momentane Status quo sehr zupass kommt. Die Hisbollah-Kampfverbände weisen eine disziplinierte Kommandostruktur auf und die Organisation überwacht schiitische Bevölkerungszentren durch einen eigenen Sicherheitsdienst, nicht zuletzt wegen mehrerer verheerender Bombenanschläge 2013 und 2014. Eine ungehemmte Eskalation, etwa durch spontane Zusammenstöße mit Anhängern der Zukunftsbewegung in konfessionell gemischten oder angrenzenden Stadtteilen, ist daher von dieser Seite nahezu ausgeschlossen.

Deutlich komplexer sieht es auf der Gegenseite aus. Zwar beklagt die Zukunftsbewegung bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass Hisbollah einen militärischen Apparat außerhalb staatlicher Kontrolle unterhält. Seit ihrer demütigenden Niederlage in den bewaffneten Auseinandersetzungen vom Mai 2008 hat die Hariri-Partei jedoch erkannt, dass sie Hisbollah militärisch nicht Paroli bieten und in diesem Punkt auch nicht auf die Unterstützung ihrer westlichen und arabischen Bündnispartner rechnen kann. Deswegen bemüht sie sich um Deeskalation. Dieser politisch verantwortungsvolle Strategiewechsel hatte indes zur Folge, dass die Bewegung innerhalb des radikalen sunnitischen Spektrums viel Autorität verloren hat. Bereits seit 2008 verzeichneten Gruppen mit ideologischer Orientierung auf Al-Qaida spürbaren Zulauf. Verstärkt hat diesen Trend, dass der Bürgerkrieg in Syrien immer mehr als Kampf zwischen einem iranisch gesponserten »schiitischen« Regime und der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit gesehen wird. Zudem hat der Aufbau verdeckter Netzwerke zur Unterstützung der Rebellen eine Militarisierung befördert. Wiederholt kam

es 2012 und 2013 zu Schusswechseln zwischen solchen Gruppen und den Sicherheitskräften. Manche Sprecher der Zukunftsbewegung verteidigten die Bildung der Netzwerke als rein defensive Reaktion auf Hisbollahs Machtentfaltung und kritisierten die Kooperation der libanesischen Armee mit der Organisation. Damit erweckten sie zumindest zeitweilig den Eindruck, die Existenz dschihadistischer Strömungen insgesamt zu billigen oder gar mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Als jedoch ab Herbst 2014 immer extremere Gruppen wie der sogenannte Islamische Staat (IS) und Jabhat al-Nusra auch auf libanesisches Territorium vordrangen, distanzierte sich die Zukunftsbewegung immer entschiedener von diesem Milieu und wies einigen besonders radikalen Gefolgsleuten die Tür. Seit Dezember 2014 befindet sich die Partei in einem formellen Dialog mit Hisbollah, der zur Verringerung sunnitisch-schiitischer Spannungen beigetragen und die Kontrolle besonders konfliktträchtiger Lokalitäten erleichtert hat. So gelang es unter anderem, die zuvor immer wieder aufflammenden Kämpfe zwischen sunnitischen und alawitischen Stadtteilen in der nördlichen Hafenstadt Tripoli einzudämmen. Die Waffenruhe hielt auch nach einem Bombenanschlag mit neun Toten im Januar 2015. Ein weiterer Erfolg war die Zerschlagung einer Kommandozentrale für terroristische Aktivitäten, die dschihadistische Insassen im Zentralgefängnis von Roumieh unter den Augen der offenbar machtlosen Sicherheitsbehörden eingerichtet hatten. Auch konnte verhindert werden, dass die enge Kooperation zwischen Hisbollah und der libanesischen Armee gegen aus Syrien eindringende dschihadistische Gruppen in der Bekaa-Ebene die Legitimität der Streitkräfte unter sunnitischen Libanesen beeinträchtigt.

Tatsächlich hat die Armee bereits mehrere Runden militärischer Konfrontationen mit (libanesischen und ausländischen) Dschihadisten ohne negative Folgen für den Zusammenhalt der Truppe überstan-

den. Dabei hat sie sich stets gegen die Extremisten durchgesetzt oder deren Angriffe zurückgeschlagen. Auch haben sich sunnitische Libanesen kaum mit den aus Syrien einsickernden Kämpfern solidarisiert. Hier kommt auch die konfessionelle Geographie zu Hilfe: Zwar konnten sich geschätzt rund 3000 dschihadistische Kämpfer im unwegsamen Bergland entlang der syrisch-libanesischen Grenze in der nordöstlichen Bekaa-Ebene und dem Umland der sunnitisch dominierten Kleinstadt Arsal festsetzen. Diese Region wird jedoch im Westen und Süden von christlich und schiitisch besiedeltem Territorium gesäumt, wo sowohl die Armee als auch Hisbollah breite Unterstützung genießen. Zahlreiche Meldungen deuten darauf hin, dass Jabhat al-Nusra und der IS – die sich andernorts meist bekämpfen, in diesem Gebiet aber teilweise kooperieren – im syrisch-libanesischen Grenzgebiet Kräfte für eine Frühjahrsoffensive zusammenziehen. Diese könnte sich freilich ebenso gegen die strategisch wichtige Verbindungsstraße zwischen Damaskus und der zentral-syrischen Stadt Homs richten. Ein weiteres Vordringen in den Libanon würde dagegen kaum strategische Vorteile bringen und wäre gegen die vereinten Kräfte des libanesischen Militärs und Hisbollahs auch wenig erfolgversprechend. Der Nordlibanon scheint bei flüchtigem Hinsehen eine bessere Ausgangsposition für die Dschihadisten zu bieten, da dort die weitgehend homogen sunnitische und sozial marginalisierte Bevölkerung der Akkar-Region ansässig ist und die vorwiegend sunnitische Hafenstadt Tripoli schon heute ein Zentrum dschihadistischer Netzwerke bildet. Allerdings übt das Assad-Regime weitgehende Kontrolle über die syrische Seite der Grenze aus und verhindert damit, dass diese Gruppen in den Libanon vorstoßen. Hinzu kommt, dass gerade im verarmten Norden die Armee ein bedeutender Arbeitgeber ist und deshalb in weiten Teilen der Bevölkerung Respekt genießt. Nach der Ermordung mehrerer gefangen genommener libanesischer Soldaten Ende 2014 können die Dschihadisten in dieser Region kaum noch auf Sympathien

rechnen. Es ist nicht völlig auszuschließen, dass Untergrundnetzwerke wie schon 2013 und 2014 Anschläge in schiitischen bzw. von Hisbollah kontrollierten Gebieten verüben oder staatliche Institutionen, vor allem im Sicherheitsbereich, attackieren. Die tatsächliche Bedrohung, die diese Gruppen für die generelle Sicherheitslage darstellen, erscheint jedoch insgesamt beherrschbar. Voraussetzung ist, dass die libanesischen Sicherheitskräfte ihre Kapazitäten in vollem Umfang einsetzen können und nicht durch Einflussnahme von Politikern behindert werden, deren Basis mit dschihadistischen Gruppen sympathisiert.

Anders als von vielen Beobachtern erwartet hat auch die gewaltige Anzahl syrischer Flüchtlinge, die im Libanon Schutz gesucht haben, bislang weder zu einer wesentlichen Verschärfung der internen Konflikte noch zur Destabilisierung der Sicherheitslage geführt. Zwar sollen an einigen Brennpunkten, besonders im Grenzgebiet in der östlichen Bekaa-Ebene, Flüchtlingsansammlungen militanten Dschihadisten als Rückzugsraum und Deckmantel dienen und manche Flüchtlinge dabei auch mit libanesischen Gruppen zusammenarbeiten. In ihrer überwiegenden Mehrheit haben sich die Flüchtlinge jedoch von militanten Tendenzen ferngehalten. Allerdings befinden sich viele von ihnen in einer verzweifelten Lage angesichts der dramatischen Finanzierungslücke bei der internationalen humanitären Hilfe. Diese erreicht aktuell lediglich 10 Prozent des vom VN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR veranschlagten Bedarfs von jährlich rund zwei Milliarden US-Dollar. Darum müssen Befürchtungen ernstgenommen werden, dass junge Männer sich zunehmend durch finanzielle Anreize für extremistische Gruppierungen rekrutieren lassen. Trotz der bemerkenswerten Hilfsbereitschaft der Libanesen zeigen sich auch auf Seiten der Gastgeber Grenzen der Leistungsfähigkeit und Akzeptanz. Untersuchungen deuten auf ein konstant wachsendes Bedrohungsgefühl hin, das mittelfristig sozialen Sprengstoff birgt.

Hisbollahs regionale Transformation

Im Januar 2015 kam es zum ersten direkten Schlagabtausch zwischen Israel und Hisbollah, der seinen Ausgangspunkt im bewaffneten Engagement der Organisation in Syrien hatte. Bei einem israelischen Raketenangriff auf einen Hisbollah-Konvoi im syrisch kontrollierten Teil der Golanhöhen wurden am 18. Januar sechs Kämpfer der Organisation, darunter ein Sohn des 2008 in Damaskus ermordeten Hisbollah-Strategen Imad Mughniya, und ein iranischer Offizier getötet. Zehn Tage später tötete Hisbollah in einem ausdrücklich als Vergeltungsakt deklarierten Angriff im israelisch-libanesisch-syrischen Grenzgebiet zwei israelische Soldaten und verwundete sieben.

Auf den ersten Blick bestätigen diese Vorfälle, dass beide Seiten derzeit nicht an einem neuerlichen Waffengang interessiert sind. Mit den israelisch besetzten und vom Libanon beanspruchten Shebaa-Farmen wählte Hisbollah einen Schauplatz, der die Vergeltungsaktion im geographischen Rahmen ihrer bisherigen »Widerstandsoperationen« beließ, für die sich seit dem Krieg von 2006 verlässliche Mechanismen für Kommunikation und Deeskalation eingeschaltet haben. Israelischen Aussagen zufolge soll Hisbollah im Anschluss an die Attacke durch diplomatische Kanäle mitgeteilt haben, dass sie keine weitere Eskalation beabsichtige. Israel beschränkte sich im Gegenzug auf diplomatische Proteste und Artilleriefeuer auf weitgehend unbewohntes Gebiet, dem allerdings ein spanischer UNIFIL-Soldat zum Opfer fiel.

Die Hisbollah-Operation markiert dennoch einen qualitativen Wandel in Strategie und Selbstverständnis der Organisation. Bis zum Frühjahr 2013 hatte sie sich stets explizit als national-libanesisch-Organisation präsentiert und ihre militärischen Aktivitäten als Befreiung oder Verteidigung libanesischen Territoriums dargestellt. Nun aber verkündete Generalsekretär Hassan Nasrallah in einer Ansprache am 30. Januar 2015 das »Ende der bisherigen Spielregeln«. Er unterstrich den Anspruch der Organisation, an allen strategisch relevanten militä-

rischen Schauplätzen ungeachtet der existierenden Staatsgrenzen aktiv zu werden. Hisbollah hat damit auch offiziell die Transformation zu einer transnationalen militärischen Rolle vollzogen. Sie ist damit Teil einer Gruppe staatlicher (die Regierungen Syriens und des Irak), quasistaatlicher (die kurdische Autonomieregierung im Nordirak) und nichtstaatlicher Akteure (neben Hisbollah die palästinensische Hamas, die Houthi-Rebellen im Jemen, die kurdische Partei der Demokratischen Einheit im nordöstlichen Syrien sowie schiitisch-irakische Milizen), deren Interessen sich zumindest partiell mit denen des Iran decken oder für die der Iran eine wichtige Quelle externer Unterstützung ist. Daher kooperieren sie mit Teheran, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Diese Entwicklung birgt erhebliches Eskalationspotential. Bereits die Erweiterung des Operationsfeldes von Hisbollah nach Syrien erzeugt eine Vielzahl potentieller Konfliktszenarien, für die es im Gegensatz zum Südlibanon keine etablierten Vermittlungsmechanismen gibt. Schon die bloße Präsenz von Hisbollah-Einheiten an einem weiteren Abschnitt im Vorfeld der Nordgrenze ruft in Israel große Besorgnis hervor. Israelische Militärbeobachter gehen zudem davon aus, dass seit dem Krieg von 2006 die militärische Ausrüstung der Organisation substantiell aufgestockt und ihre strategischen Kapazitäten deutlich erweitert wurden. Diese Tendenz wurde durch den militärischen Einsatz in Syrien vermutlich noch weiter verstärkt. Die enge operative Zusammenarbeit zwischen Hisbollah und den iranischen Revolutionsgarden im Syrienkonflikt verändert überdies den bisherigen Status der Organisation als einer von außen unterstützten, aber ausschließlich national aktiven Guerillatruppe. Aus israelischer Perspektive agiert Hisbollah nun innerhalb einer regional integrierten, iranisch dominierten Struktur. Damit konstituiert sie eine iranische militärische Präsenz in unmittelbarer Nähe der israelischen Grenze, ohne dass Teheran für die Aktionen Hisbollahs zur Verantwortung gezogen

werden kann. Dieser Wandel in Hisbollahs Rolle, Aktivitäten und Operationsfeld bildet für Israel eine qualitativ neue Bedrohung.

Schlussfolgerungen

Trotz der extremen Gegensätze in ihren Haltungen zur Syrienkrise konnten die libanesischen politischen Akteure im Frühjahr 2014 einen Kollaps der politischen Institutionen vermeiden. Angesichts der Bedrohung durch aus Syrien eindringende dschihadistische Gruppen stellten sich im Herbst 2014 endlich auch alle politischen Akteure vorbehaltlos hinter die libanesischen Sicherheits- und Streitkräfte und akzeptierten deren enge Zusammenarbeit mit Hisbollah. So konnte die unmittelbare militärische Bedrohung abgewendet werden. Zudem wurden Spannungen zwischen der Armee und Teilen der sunnitischen Bevölkerung reduziert und eine Spaltung der Truppe entlang konfessioneller Linien frühzeitig verhindert. Die libanesische Politik ist also ungeachtet gravierender Differenzen sehr wohl in der Lage, in akuter Bedrängnis Kompromisse zu schließen. Besorgniserregend bleibt, dass dies zumeist erst am Rande des Abgrundes gelingt und damit die Gefahr verhängnisvoller Fehleinschätzungen (wie 2008 geschehen) fortbesteht. Wie begrenzt diese Kompromissfähigkeit ist, zeigen die erneute Verschiebung der Parlamentswahlen um weitere 31 Monate im November 2014 und das Scheitern aller Bemühungen zur Wahl eines neuen Präsidenten. Effektive Regierungsführung bleibt damit weiterhin unmöglich und immer neue Krisen stellen den brüchigen Minimalkonsens ein ums andere Mal in Frage.

Externe Dynamik

Der Einfluss von außen ist nach wie vor ein großer Unsicherheitsfaktor. Manche Beobachter führen die partielle Stabilisierung des libanesischen politischen Systems auf eine stillschweigende Übereinkunft zwischen dem Iran auf der einen und Saudi-

Arabien und den USA auf der anderen Seite zurück, den Libanon zu neutralisieren. Dieses Arrangement, so es denn existiert, könnte sich jedoch schnell ändern, sobald einer oder mehrere der beteiligten externen Akteure ihre strategischen Interessen neu bewerten. Eine erhebliche Unwägbarkeit in diesem Kontext bleibt die weitere Dynamik im Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Unter anderem stellt sich hier die Frage, ob ein erfolgreicher Abschluss der Nuklearverhandlungen zwischen den P5+1 und Iran tatsächlich die Spannungen in der Region verringern wird. Viele Beobachter befürchten, dass im Gegenteil ein international rehabilitierter Iran, der nach Aufhebung der Sanktionen auch über deutlich mehr Ressourcen verfügen wird, seine strategischen Interessen noch nachdrücklicher verfolgen könnte. Geürgewöhnt wird auch, dass westliche Staaten immer mehr geneigt sein könnten, den Iran als zwar ungeliebten, aber effektiven De-facto-Alliierten gegen islamistische Extremisten wie den IS zu akzeptieren. Umgekehrt könnten Saudi-Arabien und seine Verbündeten versuchen, einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, indem sie sich stärker in den diversen Krisenherden engagieren. Viele Anzeichen sprechen derzeit für das letztere Szenario, insbesondere die am 25. März begonnenen Luftangriffe, die zehn arabische Staaten unter Führung des Königreiches auf Ziele im Jemen fliegen ließen. Die fragile Verständigung zwischen den politischen Blöcken in Beirut würde von einer solchen Entwicklung zweifellos erneut belastet. Vorläufig überwiegt jedoch die Einsicht, dass an einem pragmatischen Minimalkonsens festgehalten werden muss. So verurteilte Saad Hariri, Führer der Zukunftsbewegung, zwar die jüngsten verbalen Angriffe von Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah auf die saudische Führung, betonte jedoch zugleich, der Dialog werde fortgesetzt.

Konflikt mit Israel bleibt die größte Gefahr

Mittelfristig geht die größte Gefahr für den Libanon von Hisbollahs neuer regionaler Rolle aus. Ähnlich wie Saudi-Arabien betrachtet Israel, allen voran der im März 2015 im Amt bestätigte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die Nuklearverhandlungen zwischen dem Iran und den P5+1 mit großer Skepsis und fürchtet eine Ausweitung des iranischen Einflusses in der Region. Als strategische Achillesferse im Falle einer verschärften Konfrontation mit Teheran muss aus israelischer Sicht der stetige Zuwachs des militärischen Potentials von Hisbollah erscheinen, insbesondere von deren Raketenarsenal. Deshalb läge es nahe, diese Potentiale zu beseitigen oder zumindest deutlich zu reduzieren, solange dies noch zu vertretbaren Kosten möglich ist. Politiker auf der israelischen Rechten, aber auch Experten proisraelischer Forschungsinstitute in den USA bezeichnen daher schon jetzt einen dritten Libanonkrieg als mittelfristig wahrscheinlich oder sogar unvermeidlich. Nicht zuletzt könnte Israel (mit stillschweigender Billigung mehrerer arabischer Staaten) dem Iran auf diesem Weg die Grenzen seiner regionalen Expansion aufzeigen, ohne eine militärische Konfrontation mit dem Land selbst zu riskieren.

Empfehlungen

Im Libanon werden Kompromisse in den wichtigsten politischen Konflikten – etwa über das Präsidentenamt, ein neues Wahlrecht und Parlamentswahlen – auf absehbare Zeit unwahrscheinlich bleiben. Aus diesem Grund sollten sich europäische und deutsche Vermittlungsbemühungen auf Entscheidungen und Prozesse konzentrieren, die für den Fortbestand der heiklen Zusammenarbeit libanesischer politischer Akteure essentiell sind. Das gilt vor allem für die anstehenden Ernennungen an der Spitze der Streitkräfte. Um zusätzliche Gesprächskanäle und -foren auf neutralem Territorium anzubieten, sollten bereits

bestehende direkte Beziehungen zwischen libanesischen politischen Akteuren und deutschen Institutionen genutzt werden, wie etwa den politischen Stiftungen oder Akteuren in der Track-2-Diplomatie.

Zusätzliche Ausrüstung und Training für die libanesische Armee sind ebenfalls ein wertvoller Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage sowie zur Stärkung einer der wenigen Institutionen, die nach wie vor konfessionsübergreifendes Vertrauen besitzen. Dabei ist unter allen Umständen der Eindruck zu vermeiden, eine solche Unterstützung könne zum Ziel haben, die Position der Armee vis-à-vis den politischen Blöcken zu beeinflussen. Und schließlich muss es auch in Deutschlands Interesse liegen, mit finanziellen Mitteln die katastrophale humanitäre Situation der Flüchtlinge im Libanon verbessern zu helfen. Dies könnte einer Radikalisierung entgegenwirken und die Anreize für illegale Migration in die EU verringern.

Auf diplomatischer Ebene sollte versucht werden, die Situation im Libanon von den Auswirkungen einer möglichen Eskalation an anderen regionalen Schauplätzen wie Irak, Jemen und Syrien abzuschirmen. Dazu wäre es wichtig, in diesem Sinne auf Partner in der Region wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate einzuwirken. Positive Impulse im Verhältnis zu Teheran, wie sie sich aus einem möglichen Erfolg in den Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm und der deutschen Rolle dabei ergeben könnten, sollten ebenfalls in diese Richtung genutzt werden.

Nach wie vor existieren für die Region keine verlässlichen Foren und Mechanismen zur Konfliktregulierung. Stattdessen verfolgen die regionalen Akteure vorzugsweise solche Strategien, die auf die Projektion oder Begrenzung von Einfluss oder Hegemonie auf andere Staaten (wie den Libanon) ausgerichtet sind und damit nahezu zwangsläufig interne Konflikte dort verschärfen. Je stärker sich internationales Engagement auf die Eindämmung von »Terrorismus« beschränkt und regionale

Akteure inner- und zwischenstaatliche Konflikte militärisch austragen (wie im Irak, im Jemen, in Libyen oder Syrien), desto mehr ist mit weiterer Eskalation, zusätzlichem Auftrieb für extremistische Kräfte und neuen Flüchtlingswellen zu rechnen.

Schließlich sollte die Konzentration auf Terrorbekämpfung und immer neue Brennpunkte nicht dazu führen, dass chronische Konfliktherde – wie etwa Israel-Palästina oder der seit vier Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien – aus dem Blickfeld geraten. Denn diese haben durchaus das Potential, zum Auslöser für neue militärische Auseinandersetzungen zu werden. So könnte eine neue Runde der Konfrontation zwischen Israel und Hamas leicht auch den Anlass für israelische Militäraktionen gegen Hisbollah liefern, etwa aufgrund behaupteter Verbindungen zwischen den beiden Gruppen. Ebenso könnte ein neuerlicher israelischer Angriff auf Hisbollah-Einheiten in Syrien genau diejenige Eskalation in Gang setzen, die im Januar noch vermieden wurde. Gerade auch um dem letzteren Szenario vorzubeugen, sollten Deutschland und Europa weiterhin in der UNIFIL-Mission an der libanesisch-israelischen Grenze engagiert bleiben und sich für einen Fortbestand der UNDOF-Mission an der israelisch-syrischen Waffenstillstandslinie auf dem Golan einsetzen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364